

Das neue Bundeskinderschutzgesetz: Aktiver, umfassender Kinderschutz

Das neue Bundeskinderschutzgesetz ist am 01. Januar 2012 in Kraft getreten. Es greift u.a. wichtige Ergebnisse der Runden Tische „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ und „Sexueller Kindesmissbrauch“ auf und ist ein Meilenstein für einen aktiven, umfassenden und wirksamen Kinderschutz. Das Gesetz, das 2009 noch gescheitert war, wurde über ein Jahr im intensiven Austausch mit Expertinnen und Experten beraten. Kern ist die Ausweitung der psycho-sozialen Hebammenleistung in den Familien. Etwa 10 % der Familien haben Schätzungen zufolge in Deutschland Unterstützungsbedarf. Seit dem 1. Juli 2012 stellt der Bund im Rahmen der Bundesinitiative Frühe Hilfen Mittel bereit, mit denen neugeborenen Kindern in Deutschland im ersten Lebensjahr eine Betreuung durch eine Familienhebamme ermöglicht werden kann.

Seit 1. Januar 2012

**Runder Tisch
Heimerziehung**

**Runder Tisch
Sexueller Kindesmiss-
brauch**

Familienhebammen

Frühe Hilfen

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD): So viel Freiwillige wie noch nie!

Mit dem BFD motivieren wir Menschen aller Generationen zum Engagement und kompensieren praktisch komplett den mit der Aussetzung der Wehrpflicht ebenfalls weggefallenen Zivildienst. Seit dem 1. Juli 2011 können Männer und Frauen jeden Alters den BFD im sozialen und ökologischen Bereich, aber auch in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung sowie im Zivil- und Katastrophenschutz leisten. Durchgehend sind alle 35.000 Plätze im BFD besetzt. Knapp 20 % der BFDlerinnen und BFDler sind über 50 Jahre alt. Dieser Erfolg übertrifft selbst die optimistischsten Prognosen. Die Nachfrage hält weiterhin an. Gleichzeitig hat das Bundesfamilienministerium die bestehenden Jugendfreiwilligendienste, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ), weiter gestärkt, so dass sich jetzt mehr als 85.000 Menschen freiwillig in einem gesetzlich geregelten Dienst engagieren.

Seit 1. Juli 2011

**Offen für alle
Generationen**

**Offen für beide
Geschlechter**

Stärkung von FSJ/FÖJ

Mehr Frauen in Führungspositionen: Die Flexi-Quote

Es ist und bleibt unser Ziel, die Einführung einer Flexi-Quote für Vorstände und Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gesetzlich zu regeln. Auf untergesetzlichem Wege kommen wir schon gut voran. So haben sich die DAX 30 auf Initiative von Bundesministerin Schröder verpflichtet, sich selbst individuelle Flexi-Quoten für die Führungsebenen unterhalb des Vorstandes zu geben. So etwas gab es in Deutschland noch nie! Und: 28 der DAX 30-Unternehmen haben sich im Rahmen des Corporate Governance Kodex auch für ihren Aufsichtsrat ein individuelles Ziel für den Frauenanteil gegeben. Um die Entwicklung der Frauenförderung in Unternehmen vergleichbarer und transparenter zu machen, hat ein Team aus Wissenschaftlern im Auftrag des BMFSFJ einen unabhängigen und objektiven Frauen-Karriere-Index entwickelt. Über die Idee flexibler Quoten und deren fortlaufende Umsetzung in den Unternehmen informiert seit Sommer 2012 die Website www.flexi-quote.de. Mit zehn Regionalen Bündnissen für Chancengleichheit im ganzen Bundesgebiet tragen wir den Ansatz der Flexi-Quote auch in die Fläche: Am größten Unternehmensbündnis für mehr Frauen in Führungspositionen sind inzwischen neben zehn Kommunen auch 100 Unternehmen beteiligt.

**Erstmals verpflichten sich
die DAX 30 auf
individuelle Ziele**

Frauen-Karriere-Index

www.flexi-quote.de

**Regionale Bündnisse für
Chancengleichheit**

Ausbau der Kinderbetreuung: 10-Punkte-Plan und mehr Geld für den Kita-Ausbau

Nach dem Grundgesetz haben die Länder die Pflicht und die Verantwortung, den U3-Ausbau und ein bedarfsgerechtes Angebot zur Erfüllung des Rechtsanspruchs zu gewährleisten und zu finanzieren. Der Bund hat sich zu einer massiven finanziellen Hilfestellung bereit erklärt. Er übernimmt vier Milliarden Euro, das ist ein Drittel der bis 2013 veranschlagten Kosten für den Bau und Betrieb. Das Bundesgeld steht wie vereinbart zur Verfügung. 2012 hat der Bund weitere 580,5 Millionen Euro für zusätzliche 30.000 Kita-Plätze bereitgestellt. Anschließend bekommen die Länder und Kommunen für den Betrieb der Kitas und Tagespflegestellen vom Bund jährlich 845 Millionen Euro Betriebskostenzuschüsse. Damit hilft der Bund beim U3-Ausbau bis 2014 mit insgesamt 5,4 Mrd. Euro. Zudem hat das Bundesfamilienministerium im Mai 2012 ein unterstützendes 10-Punkte-Programm aufgelegt, das unter anderem eine nochmalige Stärkung der Kindertagespflege ermöglicht sowie eine bessere Förderung von betrieblicher Kinderbetreuung vorsieht. Außerdem sollen zusätzliche Fachkräfte für die Kinderbetreuung gewonnen und qualifiziert werden. Der Kita-Ausbau hat für die Bundesregierung oberste Priorität.

5,4 Milliarden insgesamt

**Jährlich 845 Mio. €
für Betriebskosten**

**Stärkung der
Kindertagespflege**

**Förderung der Kinder-
betreuung in Unternehmen**

**Fachkräfte für die
Kinderbetreuung**

„Offensive Frühe Chancen“: 4000 Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung

Mit der „Offensive Frühe Chancen“ verbessern wir durch eine frühe Hilfestellung die Zukunftschancen benachteiligter Kinder. Bis 2014 werden rund 400 Millionen Euro in 4.000 Schwerpunkt-Kitas in ganz Deutschland zur Sprach- und Integrationsförderung investiert. Einrichtungen, in denen der Förderbedarf besonders groß ist, erhalten dank einer finanziellen Unterstützung durch den Bund die Möglichkeit, eine zusätzliche qualifizierte Fachkraft zur Sprachförderung einzustellen. Damit wird die individuelle sprachliche Entwicklung der Kinder auf der Grundlage wissenschaftlicher Konzepte gezielt unterstützt und die Sprachförderung als Querschnittsaufgabe im Betreuungsalltag verstärkt.

400 Mio.€

**Qualifizierte Fachkräfte zur
Stärkung der sprachlichen
Entwicklung der Kinder**

www.fruehe-chancen.de

„Elternchance ist Kinderchance“: 4000 Fachkräfte als Elternbegleiter

Im Programm „Elternchance ist Kinderchance“, das wir im Mai 2011 gestartet haben, werden bis zu 4.000 Fachkräfte zu Elternbegleitern weiterqualifiziert. Sie stehen insbesondere bildungsfernen Familien und Migrantenfamilien mit fachkundigem Rat zur Bildung und Entwicklung ihrer Kinder zur Seite. Das Programm flankiert damit die Initiative für die Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung.

**Rat und Tat für
bildungsferne Familien**

„MEHR Männer in Kitas“: Männer für den Beruf des Erziehers begeistern

Mit dem Programm „MEHR Männer in Kitas“ wollen wir mehr Männer für den Beruf des Erziehers begeistern und es Kindern auch in den Kitas ermöglichen, weibliche und männliche Vorbilder zu erleben. In 16 Modellprojekten mit mehr als 1.300 Einrichtungen in ganz Deutschland werden Maßnahmen zur Gewinnung männlicher Fachkräfte mit 13 Millionen Euro gefördert.

16 Modellprojekte

**1300 Einrichtungen in
ganz Deutschland**

Kinderwünsche möglich machen: Unterstützung von Kinderwunsch-Paaren

Wir helfen Frauen und Männern, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dazu hat das BMFSFJ im April 2012 die Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ gestartet. Das Programm sieht unter anderem die bessere finanzielle Unterstützung bei künstlicher Befruchtung vor. Das ermöglicht vielen Paaren deutlich kürzere Zeitabstände zwischen den einzelnen Versuchen und erhöht die Aussichten auf einen Erfolg. Der Bund stellt hierfür 7 Mio. Euro für das Jahr 2012 und 10 Mio. Euro für das Jahr 2013 zur Verfügung. Zugleich sind Verbesserungen im Bereich der psychosozialen Beratung vorgesehen. Es ist nun an den Ländern, auf das faire Angebot des Bundes einzugehen und sich die Kosten 50: 50 zu teilen.

Seit 1. April 2012

Bund-Länder-Programm

**Bessere finanzielle
Unterstützung**

**Bessere psychosoziale
Unterstützung**

[www.informationsportal-
kinderwunsch.de](http://www.informationsportal-kinderwunsch.de)

Betreuungsgeld: Unterstützung für private Betreuung

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) im November 2012 verabschiedet. Eltern, die die Betreuung ihres Kindes im zweiten und dritten Lebensjahr privat sicherstellen, sollen ab dem 1. August 2013 Betreuungsgeld als eine gezielte Anerkennungs- und Unterstützungsleistung erhalten. Im ersten Jahr nach Inkrafttreten wird das Betreuungsgeld zunächst in Höhe von 100 Euro monatlich für das zweite Lebensjahr eines Kindes und ab dem 1. August 2014 in Höhe von 150 Euro monatlich für das zweite und dritte Lebensjahr eines Kindes gezahlt. Zusammen mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gilt dann das Prinzip: Jede Familie mit einem ein- oder zweijährigen Kind kann sich entscheiden, ob sie eine Sachleistung in Form eines Kita-Platzes, der im Schnitt mit rund 1000 Euro monatlich staatlich bezuschusst wird, oder eine Barleistung in Form des Betreuungsgeldes in Anspruch nimmt. Betreuungsgeldberechtigte, die sich dafür entscheiden, das Betreuungsgeld für zusätzliche private Altersvorsorge oder für Bildungssparen einzusetzen, sollen einen Bonus in Höhe von 15 Euro im pro Monat erhalten.

**Kinder im zweiten und
dritten Lebensjahr**

**August 2013:
100 € monatlich**

**Ab August 2014:
150 € monatlich**

Private Altersvorsorge

Bildungssparen

Familienpflegezeit: Bessere Vereinbarkeit Pflege und Beruf

Das Familienpflegezeitgesetz erleichtert die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können mit ihrem Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2012 die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Dauer von höchstens zwei Jahren zur häuslichen Pflege einer bzw. eines Angehörigen vereinbaren. Die damit verbundenen Gehaltseinbußen fallen deutlich geringer aus als vor der Neuregelung.

Seit 1. Januar 2012

**Reduzierung
der Arbeitszeit**

geringe Gehaltseinbußen

Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“: Charta für familienbewusste Arbeitszeiten

Im Februar 2011 haben wir gemeinsam mit den Arbeitgeber-verbänden die „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“ verabschiedet. Die Arbeitszeiten spielen als Taktgeber für den Alltag von Familien eine zentrale Rolle. Die Arbeitgeber verpflichten sich beispielsweise, mehr 30-Stunden-Stellen für Männer und Frauen zu schaffen

**Februar
2011**

Neues Programm

Mehr 30-Stunden-Stellen

Prävention gegen Rechtsextremismus: Bundesweites Informations- und Kompetenzzentrum

Mit dem „Spitzentreffen gegen Rechtsextremismus“ im Januar 2012 hat das BMFSFJ gemeinsam mit dem BMI ein entschlossenes Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Mit dem Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (Prävention von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit) stellt das BMFSFJ in 2012 24,33 Millionen € zur Verfügung. Das „BIKnetz Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus“ ist Ende 2012 gestartet. Ziel ist es, das Wissen der Fachkräfte und Träger aus den Bundesprogrammen sowie weiterer Partner für die Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten oder gefährdeten Jugendlichen zu bündeln und bundesweit zur Verfügung zu stellen.

**Spitzentreffen gegen
Rechtsextremismus**

**Jährlich 24 Millionen €
zur Prävention**

**BIKnetz Präventionsnetz
gegen Rechtsextremismus“
Ende 2012 gestartet**

Prävention gegen extremistischen Islamismus und Linksextremismus: Initiative Demokratie stärken

Mit dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ hat das BMFSFJ Mitte des Jahres 2010 erstmals ein Programm ins Leben gerufen, das sich mit der Prävention von islamistischen Extremismus und Linksextremismus befasst. Hauptzielgruppe des Programms sind Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie zum Beispiel Jugendfreizeiteinrichtungen oder religiöse Zentren. Dieses Programm wird 2012 mit rund 4,7 Millionen Euro gefördert.

**Extremistischer Islamismus/
Salafisten**

Linksextremismus

4,7 Millionen €

„Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“: Sicherung Fachkräftebedarf in der Altenpflege

Das BMFSFJ hat 2011 eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege gestartet und unter Beteiligung der weiteren betroffenen Bundesressorts - gemeinsam mit Ländern und Verbänden - konkrete Vereinbarungen entwickelt, um die Kräfte aller Verantwortungsträger in der Pflege zu bündeln und damit den Fachkräftebedarf in der Altenpflege zu sichern. Ziel ist es, die Ausbildungszahlen in jedem Jahr der Ausbildungsoffensive um 10 Prozent zu steigern, die dreijährige Umschulungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit für die Laufzeit der Offensive wieder einzuführen, bis zu 4.000 Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zur Altenpflegekraft nachzuqualifizieren und die Attraktivität des Berufsfeldes fühlbar zu steigern. Ende 2012 wurde dieser erste Ausbildungspakt für die Altenpflege unterzeichnet. Die Umsetzung der Vereinbarungen in den zehn Handlungsfeldern wird bis zum Jahr 2015 erfolgen.

**Unterzeichnung Ende 2012
konkrete Vereinbarungen
in 10 Handlungsfeldern**

**Bündelung der Kräfte aller
Verantwortungsträger**

Umsetzung bis 2015

Allianz für Menschen mit Demenz: Unterstützung für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen

Gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im September die Allianz für Menschen mit Demenz gegründet. Ziel ist die Weiterentwicklung von Hilfen und Unterstützung für Betroffene sowie die Förderung von Verständnis und Sensibilität für Demenzerkrankungen. Die Allianz ist ein zentraler Baustein der Demografiestrategie der Bundesregierung. Gleichzeitig sollen Hilfenetzwerke im Lebensumfeld Betroffener entstehen, die als "Lokale Allianzen" mehr soziale Teilhabe und Hilfestellung ermöglichen. Die ersten 26 Mehrgenerationenhäuser haben ihre Arbeit als lokale Allianzen aufgenommen. Bis 2016 sollen bundesweit 500 dieser lokalen Hilfenetzwerke entstehen.

September 2012

**"Lokale Allianzen" für
mehr soziale Teilhabe**

**500 Lokale Allianzen bis
2016**

Mehrgenerationenhäuser II (MGH): Weiterentwicklung und mehr Nachhaltigkeit

Zur Weiterentwicklung der MGHs haben wir das Programm „MGH II“ aufgelegt, das Anfang 2012 gestartet ist. Bis 2014 stehen ca. 50 Millionen Euro zur Verfügung, davon rd. 31,5 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds. Die MGHs werden weiterentwickelt und nachhaltig kommunal verankert.

Start Anfang 2012

Neues Programm

50 Millionen €

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen: Zentrales, niederschwelliges, mehrsprachiges Angebot

Wir wollen Frauen, die von Gewalt betroffen sind, den Zugang zum bestehenden Hilfesystem erleichtern. Deshalb richten wir ein zentrales bundesweites „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ ein, das ab März 2013 zur Verfügung stehen wird. Im März 2012 ist als Grundlage das erforderliche Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten „Hilfetelefons Gewalt gegen Frauen“ in Kraft getreten.

Gesetz seit März 2012

Start März 2013

BOYS' DAY: Der neue bundesweite Jungen-Zukunftstag

Mit dem Jungen-Zukunftstag „Boys' Day“, der im April 2011 erstmals parallel zum „Girls' Day“ stattfand, unterstützen wir Jungen bei selbstbestimmten Entscheidungen zur Berufs- und Lebensplanung abseits von Rollenklischees. Über 70.000 Teilnehmer haben an den Aktionstagen 2011 und 2012 mitgemacht.

Erstmals im April 2011

**Insgesamt über 70.000
Teilnehmer**